

Thesen

Zur internationalen Dimension der „Neuausrichtung der Bundeswehr“ - Ansätze für eine alternative Sicherheitspolitik

Die gegenwärtige Bundeswehrreform markiert den Abschluss eines sich seit Mitte der 90er Jahre vollziehenden Paradigmenwechsels in der Entwicklung der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zur einsatzfähigen Interventionsstreitkraft. Die damit verbundenen strukturellen Veränderungen sowie personellen, technischen und rechtlichen Konsequenzen vollziehen sich jedoch in einem längeren und widerspruchsvollen Prozess, dessen Ende und Ergebnis im Herbst 2013 noch nicht abzusehen sind. Die Bundeswehr ist weder politisch noch militärisch allein als nationale Armee einsetzbar. Sie ist gegenwärtig institutionell sowohl in die NATO als auch in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) eingebunden. Damit stellt sich die Frage nach der internationalen Dimension der Bundeswehrreform und worin Ansätze für eine alternative Sicherheitspolitik bestehen könnten.

I

Die Länder der NATO und der Europäischen Union (EU) stehen hinsichtlich der Entwicklung und des Einsatzes ihrer Streitkräfte vor ähnlichen Bedingungen und Herausforderungen. Insofern unterliegen alle nationalen Streitkräfte einem Anpassungszwang in struktureller, personeller, technischer und rechtlicher Hinsicht.

Folgende Faktoren wirken insbesondere auf die Entwicklung der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte dieser Länder ein:

- Sowohl die NATO als auch die Europäische Union (EU) befinden sich in einer tiefen inneren Krise und sind in militärischer Hinsicht als Bündnisse gegenwärtig nur begrenzt handlungsfähig. Die USA sind dabei, ihre traditionelle Rolle als Welthegeemon zu verlieren und sich globalpolitisch neu aufzustellen. Die EU ist ebenfalls in einem Anpassungsprozess an das neue internationale Kräfteverhältnis und hat ihre eigene Rolle noch nicht gefunden. Mit der deutschen Einigung und der Osterweiterung der EU wurde das bisher bestehende Gefüge aus innereuropäischer Balance und Integration destabilisiert.
- Durch die Finanz-, Währungs-, Wirtschafts- und Verschuldungskrisen des vergangenen Jahrzehnts wurde die politische Krise in der NATO und der EU noch verschärft. Alle Länder stehen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Streitkräfte unter einem enormen Sparzwang, der den finanziellen Spielraum sowohl für militärische Reformaktivitäten als auch für den Einsatz der Streitkräfte in militärischen Interventionen einengt.
- Gleichzeitig wurde die Anwendung militärischer Gewalt durch die Kriege im Irak, in Afghanistan und in Libyen – aber auch durch die militärische Einmischung des Westens in den syrischen Bürgerkrieg - in der Öffentlichkeit delegitimiert. In vielen Ländern der EU und der NATO wird eine militärisch instrumentierte Außen- und Sicherheitspolitik durch große

Bevölkerungsmehrheiten abgelehnt. Dementsprechend gibt es auch zwischen den EU-Regierungen tiefe Meinungsunterschiede über Entwicklung und Einsatz ihrer Streitkräfte.

- Reformzwang auf die Streitkräfte wird auch durch eine Veränderung des Kriegsbildes ausgeübt. Die Industrieländer Europas sind für die traditionellen Kriege des 20. Jahrhunderts untauglich geworden. Für ihre Streitkräfte rücken eher Fragen einer asymmetrischen Auseinandersetzung „out of area“ bzw. der Einmischung in Bürgerkriege anderer Länder in den Vordergrund. Auch für militärische Auseinandersetzungen in und mit Ländern der 3. Welt gelten die Anforderungen einer asymmetrischen Kriegführung. Generell geht die Entwicklung in Richtung einer Urbanisierung des Krieges.

Alle Länder der NATO und der EU stehen unter dem Zwang zur Anpassung an eine neue geopolitische und geoökologische Situation, in der die klassischen Mittel der Anwendung militärischer Macht in Frage gestellt sind. Das verlangt generell die Rolle der Streitkräfte neu zu bestimmen. Statt einer hegemonialen bzw. bipolaren Weltordnung entwickeln sich Strukturen der Multipolarität und des Multilateralismus. Die Länder der EU und der NATO haben noch keine einheitliche Strategie auf die neuen Herausforderungen gefunden. Sie befinden sich eher in einer Phase der Irritation und Neufindung, was sich auch in zahlreichen sicherheitspolitischen Differenzen niederschlägt.

II

Die Neuausrichtung der Bundeswehr in der von Verteidigungsminister de Maizière konzipierten Form ergibt sich vor allem aus dem Funktionswandel der NATO von einem Verteidigungs- und Abschreckungsbündnis gegenüber der Organisation des Warschauer Vertrages zu einem Interventionsbündnis, das – oft sogar mit UN-Mandat – faktisch als Weltpolizist fungiert. Angesichts der neuen weltpolitischen Bedingungen und Herausforderungen sollen mit der Bundeswehrreform Wege und Formen gefunden werden, um die Handlungsfähigkeit der NATO als Interventionsbündnis zu erhalten und zu stärken sowie gleichzeitig die Rolle Deutschlands und seiner Bundeswehr innerhalb der NATO aufzuwerten.

Der NATO-Gipfel vom Mai 2012 in Chicago hat mit der Formel von „smart defense“ einen neuen Ansatz zur Bewältigung der ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen gefunden. „Smart defense“ orientiert die NATO-Mitglieder und ihre Verbündeten auf eine engere Rüstungszusammenarbeit und Beschaffungspolitik im High-Tech-Bereich. Durch „pooling and sharing“ (Zusammenlegen und Teilen) sollen einheitliche und gemeinsame Systeme eingeführt werden, die eine höhere militärische Effektivität ermöglichen und zugleich Spareffekte generieren sollen. Dazu wurden in Chicago insgesamt 20 Themenfelder definiert, die insbesondere dem neuen Kriegsbild entsprechen und deren Realisierung die beteiligten Länder fester in die NATO und ihre Strukturen einbinden sollen. Das betrifft insbesondere Projekte zur Luftbetankung, zur Seeraumüberwachung, sowie auf dem Gebiet des Sanitätswesens und der Logistik für Treibstoff und Munition. Schlüsselprojekt ist das sogenannte AGS-System (Alliance Ground Surveillance) zur Bodenaufklärung, das Echtzeitspionage ermöglichen und als zentrales Element der Vernetzten Operationsführung fungieren soll. Als erster Schritt hierzu und Herzstück des Projekts ist seitens der NATO die gemeinsame Beschaffung von fünf amerikanischen Großdrohnen vom Typ Global Hawk vorgesehen – was angesichts der Drohnendebatte in Deutschland im Frühjahr und Sommer 2013 schon wieder als obsolet erscheinen muss. Auch der geplante Aufbau einer Europäischen Raketenabwehr wird zum Vorzeigeprojekt von „smart defense“ deklariert. Mit all diesen Projekten werden statt politischer

Lösungen technische Lösungen angestrebt. Der Schwerpunkt der Auseinandersetzung in der NATO verlagert sich so von der politischen Ebene auf die Ebene der wirtschaftlichen Konkurrenz zwischen amerikanischen und europäischen Herstellern.

Wie die Kriege der letzten 15 Jahre zeigen, ist die NATO als Interventionsbündnis nur bedingt funktionsfähig. Alle Interventionen, die auf einen starken Widerstand im Inneren der jeweiligen Länder stießen, haben ihre vorab deklarierten Ziele nicht oder nur zum Teil erreicht. Das zeigt sich deutlich an den Kriegen auf dem Balkan, im Irak, in Afghanistan und in Libyen. Außerdem beteiligten sich an den aktiven Militäraktionen in der Regel nur „Koalitionen von Willigen“. Dieses Dilemma wird auch in der Diskussion um ein Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg deutlich, wo die Mehrheit der NATO-Länder keine Bereitschaft zeigt, sich militärisch zu engagieren. Das umso mehr, als ein militärisches Eingreifen weder von den Staaten der Region gefordert noch von den Vereinten Nationen gebilligt wird.

Es deutet vieles darauf hin, dass die NATO zunächst in eine Phase des Umbruchs ohne größere militärische Operationen eingetreten ist, was erneut die Frage nach der Zukunft der NATO aufwerfen dürfte. Der NATO-Gipfel vom Mai 2012 in Chicago weist offensichtlich die Richtung, in die die weitere Entwicklung der NATO gehen soll. Mit seinen insgesamt 57 Teilnehmerstaaten orientierte er darauf, neue Bündnisse zu schmieden, die den traditionellen Rahmen der NATO überschreiten und eine engere Anbindung solcher Länder wie Australien, Japan, Jordanien, Finnland, Österreich oder Schweden an die NATO ermöglichen sollen. Damit wird zugleich der Anspruch nach weltweiter Präsenz und Aktionsfähigkeit der NATO deutlich. Vieles wird aber davon abhängen, wie es der NATO gelingt auf die neuen globalen Sicherheitsrisiken, auf die weltweite Finanzkrise und die Hinwendung der Vereinigten Staaten auf den asiatisch-pazifischen Raum zu reagieren.¹

III

Als spezifisch deutscher Reflex auf den mit dem NATO-Gipfel von Chicago 2012 gewiesenen Weg sowie als Reaktion auf die veränderten Rahmenbedingungen erweist sich gegenwärtig die verstärkte Konzentration auf Rüstungsproduktion und Rüstungsexport, die auch als „Merkel-Doktrin“ in den deutschen Medien diskutiert wurde². Demnach will Deutschland nur noch „im Notfall“ Soldaten in Krisengebiete schicken. Als Ausgleich für die relative Zurückhaltung beim Einsatz von Kampftruppen sollen die „Partnerländer“ in den Konfliktregionen durch Rüstungsexporte „ertüchtigt“ werden, um selbst für Frieden und Sicherheit zu sorgen.

Damit hat die deutsche Bundesregierung auch in der Rüstungsexportpolitik einen Paradigmenwechsel vollzogen. Nach dem deutschen Kriegswaffenkontrollgesetz von 1961 gilt ein Exportverbot für deutsche Waffensysteme in Krisengebiete, um bestehende Spannungen in diesen Gebieten nicht weiter anzuhizen und zu verhindern, dass deutsche Waffen in falsche Hände fallen können. Trotz dieses Gesetzes verlagerte sich jedoch in den vergangenen Jahren der Schwerpunkt deutscher Waffenlieferungen insbesondere in potenzielle und reale Spannungsgebiete am Persischen Golf, in Nahost, Südostasien und Nordafrika. Die für den Export in diese Länder erforderlichen

¹ Siehe Michael Rühle, Die drei Herausforderungen der NATO, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a.M., 09.03.2013.

² Siehe Die Merkeldoktrin, in: Der Spiegel 49/2012, S. 20-27.

Einzelgenehmigungen werden formal und geheim erteilt. Von den jährlich etwa 16 000 Anträgen wurden in der Vergangenheit lediglich 0,005 %, also nicht mehr als 80 bis 100, abgelehnt.³

Zu den Großimporteuren für deutsche Waffen gehören inzwischen die autoritären Regime in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), in Katar und in Saudi-Arabien. Katar hat bereits eine Lieferzusage für 72 Kampfpanzer Leopard – und zwar in einer speziellen Ausstattung, die besonders für den Einsatz in Städten und bewohnten Gebieten geeignet ist. Für Saudi Arabien stehen gegenwärtig u.a. 800 Kampfpanzer Leopard und mehrere Hundert gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Dingo und Boxer auf der Bestellliste an die Bundesregierung. Israel und Ägypten beziehen vor allem U-Boote, wobei die für Israel bestimmten Boote speziell als Kernwaffenträger ausgelegt wurden. Algerien ist 2011 an die achte Stelle der deutschen Rüstungsexporte gerückt. Hier – wie auch in den VAE – werden außerdem von der deutschen Rüstungsindustrie komplette Waffenfabriken errichtet.

Damit entpuppt sich die Merkel-Doktrin zugleich als ein großangelegtes Programm zur Förderung der deutschen Rüstungsindustrie, die auf diese Weise einen Ausgleich für den sinkenden Bedarf innerhalb der NATO und der Europäischen Union erhält. Das hat zur Konsequenz, dass die deutsche Rüstungsindustrie ihre breite Aufstellung und ihr qualitatives Niveau weitgehend erhalten und ihre industriellen Kapazitäten gegebenenfalls schnell erweitern kann. Vor allem will Deutschland damit seinen Platz als einer der führenden Rüstungsexporteure der Welt bewahren und als Machtfaktor im weltpolitischen Kräfteverhältnis wahrgenommen werden. Die Bundeskanzlerin selbst nutzt ihre Auslandsreisen gezielt zur Anbahnung von Rüstungsdeals. Auch das BMVg ist in diese Exportoffensive direkt einbezogen. Seit 2008 gibt es im BMVg eine Arbeitsgruppe für Exportunterstützung, die z.B. eine aktive Rolle beim Eurofighter-Export nach Indien gespielt hat und für die Präsenz der Bundeswehr auf den internationalen Rüstungsmessen zuständig ist. Auf diese Weise soll auch von der Bundeswehr nicht mehr benötigtes Material, wie z.B. überzählige Kampfpanzer, verwertet werden.

Allerdings verhielt sich die Bundesregierung im unmittelbaren Vorfeld der Bundestagswahlen vom September 2013 auch bei ihrer Rüstungsexportpolitik relativ zurückhaltend. Das hängt sicher auch damit zusammen, dass es in allen Bundestagsfraktionen – zwar mehr oder weniger ausgeprägt und unterschiedlich akzentuiert – Bestrebungen nach Veränderungen der bisherigen Praxis im Sinne einer stärkeren Transparenz und Kontrolle des Rüstungsexports gab.

IV

Der Aufbau einer Organisation im Sinne eines spezifisch europäischen Verteidigungsbündnisses nach dem Vorbild der NATO dürfte auf absehbare Zeit undurchführbar sein, obwohl diese Frage seit den 1950er Jahren in Europa diskutiert wird. Die zahlreichen praktischen Initiativen, wie der Aufbau von gemischten Brigaden, eines Euro-Korps bzw. von EU-Battle-Groups sind faktisch bedeutungslos geblieben.

Der bisher komplexeste Versuch zur Gewährleistung einer abgestimmten Militärpolitik der EU und zur Schaffung europäischer Streitkräfte wurde mit dem Vertrag von Nizza 2001 und dem Vertrag von Lissabon 2007 unternommen. Demnach steht im Rahmen der *Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* (GSVP) eine Reihe gemeinsamer Institutionen zur Verfügung, wozu u.a. eine Militärausschuss (EUMC), ein Militärstab (EUMS), die Europäische Verteidigungsagentur und das

³ Siehe Tagesspiegel, Berlin, 24.02.2013.

Satellitenzentrum der EU (EUSC) gehören. Über eigene Soldaten bzw. eine eigene Armee verfügt die EU jedoch nicht sondern greift – wie auch die NATO – auf nationale Kontingente der Mitgliedstaaten zurück, die autonom über eine Truppenbereitstellung entscheiden. Mit den sogenannten EU-Battle-Groups stehen zwar seit 2007 offiziell hochflexible Verbände in einer Stärke von etwa 1500 Soldaten für eine Dauer von jeweils bis zu vier Monaten in einer ständigen Bereitschaft zu Verfügung, denen nach einem Rotationsprinzip nationale Streitkräfte verschiedener Länder zugeordnet werden. Reale Einsätze dieser Battle-Groups sind bisher nicht erfolgt. Allerdings gab und gibt es eine Reihe kleinerer und zeitlich begrenzter Beobachtungs- und Ausbildungsmissionen der Europäischen Union.

Alle Versuche zur Schaffung einsatzfähiger gemeinsamer Streitkräfte für Kampfeinsätze sind bisher fehlgeschlagen. Hauptursache dafür ist die mangelnde Bereitschaft aller europäischen Länder, nationale Souveränität – insbesondere in Form der Verfügung über Streitkräfte - an die Europäische Union abzugeben. Nationale Interessen und der Statuswert des eigenen Militärs erweisen sich stärker als ein potenzieller Effizienzgewinn für Streitkräfte und Wirtschaft durch einen begrenzten Souveränitätsverzicht. Außerdem existieren noch eine Reihe weiterer - besonders in der langen Tradition nationaler Streitkräfte begründeter – Hemmnisse auf dem Weg zu gemeinsamen Streitkräften, wie z. B. die Frage der Parlamentsbeteiligung und der Inneren Führung, die besonders für die Bundeswehr typisch sind. Auch Unterschiede im Wehrrecht und der Wehrform wirken als Hemmschuh einer echten militärischen Integration im Rahmen der EU. Nicht zu unterschätzen ist auch die Frage nach der Rolle der Nuklearstreitkräfte Frankreichs und Großbritanniens in einer eventuellen europäischen Armee.

Angesichts der bestehenden Widersprüche und Hemmnisse sind die Schaffung gemeinsamer europäischer Streitkräfte und eine engere Verflechtung der bestehenden nationalen Armeen auf absehbare Zeit nicht realistisch. Europäische Streitkräfte bleiben zunächst nur die Vision eines geeinten Europas, das gegenwärtig mehr denn je infrage gestellt ist. Insofern dürften die nationalen Strukturen der Streitkräfte in Europa – und damit auch die Differenzen in der Sicherheitspolitik – noch lange weiter bestehen bleiben.

V

Die internationale Dimension der Neuausrichtung der Bundeswehr widerspiegelt sich keineswegs in einer Entwicklung zur Schaffung gemeinsamer, arbeitsteilig organisierter Streitkräfte als vielmehr in der Tendenz einer relativ breiten Aufstellung der Bundeswehr im gesamten militärischen Aufgabenspektrum. Damit werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um je nach Lage einen großen Einsatzspielraum für die Bundeswehr abzudecken und auch in militärischer Hinsicht eine deutsche Führungsrolle in Europa spielen zu können.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr wird vorrangig von nationalen Regierungs- und Wirtschaftsinteressen und weniger von dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Verteidigung geprägt. Sie äußert sich eher in Rivalität als Kooperation. Die Beschwörung von Bündnisforderungen ist mehr Rhetorik als militärpolitische Praxis. Die Bundesregierung steht mit einer solchen Haltung nicht allein. Sowohl innerhalb der NATO als auch innerhalb der Europäischen Union fehlt eine gemeinsame Strategie und Politik zur Bewältigung der in der ersten These formulierten neuen Herausforderungen. Insbesondere gibt es keine gemeinsamen Positionen in Bezug auf das Verhältnis zu und mit den USA und das Verhältnis zu und mit Russland. Ähnliches trifft auch auf das Verhältnis zu den

Staaten Asiens und zu den Ländern der Konfliktregionen im Nahen Osten und Nordafrika zu. Die politische und militärische Handlungsfähigkeit im Rahmen der NATO und der EU ist damit eingeschränkt.

In ihren sicherheitspolitischen Entscheidungen – und damit auch in der weiteren Gestaltung des Reformprozesses der Bundeswehr – steht die Bundesregierung zwischen den Erwartungen ihrer Partner an Deutschland als Mittelmacht und der weitverbreiteten Ablehnung militärischer Interventionen durch die deutsche Bevölkerung. Insofern verhielt sich die Bundesregierung in den letzten Jahren zu aktiven Kampfeinsätzen der Bundeswehr relativ zurückhaltend. Diese Zurückhaltung entsprach jedoch keiner klaren Haltung in Bezug auf prinzipieller Ablehnung oder Befürwortung solcher Einsätze sondern war eher Ausdruck von Wahltaktik und politischer Unentschlossenheit.

Unabhängig davon gilt für den weiteren Prozess ihrer Neuausrichtung, dass die Bundeswehr trotz Sparzwang insbesondere ihre Fähigkeiten für weltweite Aktionen behalten und weiter ausbauen soll. Das betrifft insbesondere die Kapazitäten für U-Boote, Lufttransport und Fernaufklärung. Das heißt, die Neuausrichtung der Bundeswehr bleibt vorrangig geopolitischen Interessen untergeordnet. Es ist fraglich, ob eine neue Bundesregierung – gleich welcher politischen Konstellation - daran etwas ändert. Eher ist zu befürchten, dass die Politik einer relativen militärischen Zurückhaltung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr fallengelassen wird.

VI

Eine konstruktiv-kritische bzw. alternative Haltung zur gegenwärtigen Neuausrichtung der Bundeswehr ist nur unter Berücksichtigung der internationalen Dimensionen dieses Prozesses möglich. Ausgehend von den gegenwärtigen Realitäten des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland und Europa können aber nicht nur die langfristigen Visionen sondern müssen vor allem partei- bzw. strömungsübergreifende Ansatzpunkte und erste Schritte für eine alternative Sicherheitspolitik gefunden werden. Kritische Positionen dürfen nicht auf Maximalforderungen wie die generelle Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr oder die Forderung nach Auflösung der NATO beschränkt bleiben. Konstruktive Ansatzpunkte für alternative sicherheitspolitische Positionen sollten auf die Schaffung eines breiten Bündnisses aller Friedenskräfte gerichtet sein.

Vorausgesetzt, dass die Existenz von Streitkräften nicht grundsätzlich abgelehnt und keine Renationalisierung der Sicherheitspolitik angestrebt wird, besteht Diskussions- und Klärungsbedarf mit großen Chancen einer Annäherung besonders zu folgenden Problemfeldern:

1. Definition des Verständnisses von **Sicherheit und sicherheitspolitischer Verantwortung** Deutschlands; Finden von Wegen, um von der gemeinsamen, NATO-basierten Sicherheit zu einer echten kollektiven Sicherheit Europas voranschreiten zu können; Bestimmung des Stellenwerts von Streitkräften für die deutsche und europäische Sicherheit.
2. Bestimmung des **Auftrags** nationaler und gemeinsamer Streitkräfte im Rahmen bestehender bzw. neuer Koalitionen nach dem Grundsatz einer **hinlänglichen Sicherheitsvorsorge zur Landesverteidigung** als Ausgangspunkt für alle sich daraus ergebenden strukturellen, personellen, technischen und rechtlichen Konsequenzen; Entwicklung von Initiativen für die Neuformulierung der Verteidigungspolitischen Leitlinien (VPL).

3. Stärkung des **Parlamentarismus in Deutschland und der EU als Kern der demokratischen Verfasstheit unserer Gesellschaft**. Das beinhaltet in sicherheitspolitischer Hinsicht sowohl **Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments** bei Entscheidungen über den Einsatz von Streitkräften als auch Bewahrung und Erweiterung der **Beteiligungsrechte des deutschen Bundestages** für alle Bundeswehreinätze, insbesondere Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle über Einsätze des Kommandos Spezialkräfte.
4. Konsequente **Verteidigung der Gesetzlichkeit** bei allen sicherheitspolitisch relevanten Entscheidungen. Das gilt insbesondere für die **Verteidigung der UN-Charta** mit dem in ihr verbrieften Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten **sowie die Verteidigung des Grundgesetzes der Bundesrepublik** mit dem in ihm enthaltenen Friedensgebot. Strikte Gesetzlichkeit betrifft auch die Frage der Ächtung bzw. rechtlichen Einhegung neuer Waffensysteme (wie z.B. Kampfdrohnen) und neuer Munition.
5. Entwicklung einer **konstruktiv-kritischen Haltung zur NATO als Schlüsselfrage** alternativer sicherheitspolitischer Positionen. Das kritische Verhältnis zur NATO bewegt sich gegenwärtig vor allem zwischen der Forderung nach Auflösung der NATO und der Erwartung nach einem Wandel der NATO in Auftrag und Struktur zu einem reinen Verteidigungsbündnis. Entscheidender Ansatzpunkt zur kritischen Auseinandersetzung mit der NATO sollte jedoch die Diskussion zur Schaffung eines kollektiven transatlantischen Sicherheitssystems unter Einbeziehung Russlands sein. Europa darf keine Region ohne eine effektive Sicherheitsstruktur sein, die – unter Einbeziehung Nordamerikas - gleiche Sicherheit für alle europäischen Länder garantiert.
6. **Strikte Ablehnung der noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden Nukleardoktrin der NATO** als unvereinbar mit dem Kernwaffensperrvertrag und daher völkerrechtswidrig. Kernwaffen sind nach wie vor die Hauptbedrohung für die Existenz der menschlichen Zivilisation. Insofern sind nukleare Abrüstung durch die NATO-Kernwaffenmächte (incl. einseitiger Vorleistungen), der offizielle Verzicht der NATO auf einen nuklearen Erstschlag sowie der Abzug der taktischen Kernwaffen von deutschem Boden dringend geboten. Priorität für Deutschland hat dabei besonders die unverzügliche Beendigung der Ausbildung deutscher Soldaten an Kernwaffen und der Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe nach dem Vorbild von Kanada und Griechenland; Unterstützung der Bewegungen (IALANA, IPPNW u.a.) für eine Kernwaffenkonvention und für kernwaffenfreie Zonen in Europa und Nahost. Energiewende und Wandel in der Kernwaffenpolitik müssen eine Einheit bilden.
7. **Aktivierung und Stärkung der OSZE** als wichtiger Schritt zu einem umfassenden europäischen und transatlantischen Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Die OSZE verfügt als reale und größte Sicherheitsorganisation Europas mit ihren 57 Mitgliedstaaten (inklusive der USA, Kanadas, aller Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie der Mongolei) über alle konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen; sie wurde jedoch von den Hauptmächten der NATO bei der Entfaltung dieser Voraussetzungen systematisch behindert. Eine Aktivierung und Stärkung der OSZE erfordert insbesondere eine Ausschöpfung der Prinzipien und Instrumente der OSZE zur nichtmilitärischen Streitbeilegung, die Initiierung vertrauensbildender Maßnahmen auf der Grundlage des Wiener Dokuments von 1999 - insbesondere zur Lösung der sogenannten „frozen conflicts“ in Europa -, die Wiederbelebung des Prozesses der Begrenzung

konventioneller Streitkräfte in Europa (adaptierter KSE-Vertrag), eine gesamteuropäische Lösung für die Raketenabwehr bzw. gänzlicher Verzicht auf dieses Projekt im OSZE-Bereich.

8. Mit der Rolle der NATO sollte zugleich die **sicherheitspolitische Rolle der EU auf den Prüfstand** gestellt werden. Alternative Überlegungen müssen auf friedliche Konfliktlösungen und den Stopp des Prozesses einer schleichenden Militarisierung der EU gerichtet sein. Das erfordert insbesondere eine Änderung des Lissabon-Vertrags (EUV) und des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV), eine strikte Wahrung der Neutralität der EU sowie die konsequente Stärkung der demokratischen Verfasstheit der EU.
9. Die Frage der **Rüstungsexporte** erhält zunehmend eigenständige Bedeutung bei alternativen Positionen zur internationalen Dimension der Bundeswehrreform. Es darf nicht zugelassen werden, dass Rüstungsgüter in Krisen- bzw. Spannungsgebiete geliefert werden. Die deutsche Rüstungsexportpolitik muss transparenter werden und einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle unterliegen. In einem speziellen Rüstungsexportgesetz sollten verbindliche und justitiable Regelungen geschaffen werden, die Rüstungsexporte stärker einschränken und effektiver kontrollieren. Zumindest sollten Rüstungsexporte auf Bündnispartner beschränkt bleiben. Ein erster Schritt dazu könnte über eine strikte Auslegung und Einhaltung des Kriegswaffenkontrollgesetzes erfolgen.

Die Frage der europäischen Sicherheit darf weder allein der NATO noch allein der EU überlassen werden. Alternatives Denken muss auf die **Stärkung Deutschlands und der Europäischen Union als Zivilmächte** gerichtet sein, die frei von einer militärisch ambitionierten Interessendurchsetzung handeln, militärisches Abschreckungsdenken überwinden und sowohl den festen politischen Willen als auch das entsprechende Instrumentarium für eine zivile Konfliktbewältigung haben.

Das ist nur möglich, wenn Ansatzpunkte für eine alternative Politik gefunden und entsprechende Initiativen in breiten überparteilichen Bündnissen entwickelt werden, die alle Strömungen und Facetten der Friedensbewegung umfassen. Das einigende Band und die zugleich zentrale Frage einer sicherheitspolitischen Alternative ist die Ablehnung jeglicher direkten und indirekten Beteiligung Deutschlands an Kampfeinsätzen außerhalb von Aufgaben zur Landesverteidigung im Bündnis. Hier liegt der Ausgangspunkt für alle darüber hinausgehenden Aktivitäten und Forderungen.

Wilfried Schreiber
September 2013